

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Verleger:
Karl Riese
Riesau Nr. 22
Verlag Nr. 22

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesau, des Rates der Stadt Riesau, des Finanzamts Riesau und des Hauptzollamts Weißen schiedlichersetz bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1322
Straßen:
Riesau Nr. 22

Nr. 284.

Montag, 7. Dezember 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Stützpunkts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Restliche Tarife, Bewilligung Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesau. Achtstellige Anzeigenbeiträge: Empfänger an der Adresse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesau. Geschäftsstelle: Gertrudenstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesau; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesau.

Waffenstillstand und Burgfrieden?

Bekanntlich soll durch Notverordnung auch ein sogenannter Burgfrieden dekretiert werden. Die englische und französische Presse meinen spöttisch, daß sei nicht das richtige Mittel, die innerdeutschen Parteigegensätze aus der Welt zu schaffen. Es fragt sich aber heute auch, ob ein solcher Burgfrieden einen Zweck hat. Denn sofort nach der Notverordnung werden die Parteien darüber entscheiden, wie sie sich einzustellen haben und ob sie, trotz des politischen Burgfriedens, nicht die sofortige Einberufung des Reichstags verlangen sollen.

Soweit sich heute überlegen läßt, ist außer dem Zentrum, das den Kanzler auf alle Fälle zu bedenken versucht, keine Partei mit dem jetzt bekannt gewordenen Inhalt der Notverordnung einverstanden. Wägalich, daß noch einige Veränderungen vorgenommen werden; im Prinzip wird die Regierung fest bleiben. Und dieses Festbleiben heißt, die heutige Regierungsmehrheit zertrümmern. Gewiß sind einige Mittelparteien an sich schon das Äußerste an der Waage, entscheidet sich die Wirtschaftspartei, das Landvolk, der Volksdienst in einigen Tagen anders, als es am Freitag der Fall war, hat auch eine neue Zerlegung der Regierung durch die Sozialdemokraten keinen Sinn mehr. Sieht die Volkspartei ein, daß sie der Regierung nicht folgen kann, so kann sie leicht mit kleiner Unterstützung angrenzender Parteien die Reichstagsberufung erzwingen, was sie schon am Freitag wollte. Aber in der Hauptsache sieht man doch auf die Sozialdemokraten, die wieder einmal mit schwerem Geschick agieren, Forderungen aufstellen und von der Erfüllung dieser Forderungen ihre fernere Haltung abhängig machen wollen. Es ist jedenfalls unrichtig, wenn geschrieben wird, zwischen ihnen und dem Kanzler wäre ein Waffenstillstand abgeschlossen. Dieser Waffenstillstand gilt, wenn man von einem solchen sprechen will, doch nur für wenige Tage, denn am Freitag dieser Woche tritt die Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten zusammen, um zu entscheiden, wie sie sich zu der neuen Notverordnung verhalten soll.

So entschieden die Vertreter der Partei der Regierung auch mit dem Entzug ihrer Freundschaft gedroht haben, man will nicht recht glauben, daß ein so geringes Eingehen des Kanzlers auf sozialdemokratische Forderungen den Bruch vollziehen werde. Selbst in sozialdemokratischen Kreisen begegnet man der Auffassung, damit würde die Partei gerade das herbeiführen, was sie bislang durch ihre Tolerierung zu verhindern veruchte. In der von ihr angeführten Abwehr gegen die Nationalsozialisten liegt die ziemlich eindeutige Verpflichtung, den bisherigen Weg der Tolerierung weiter zu geben, um den Sturz der Regierung zu vermeiden, da dieser Regierung doch die Regierung der Nationalsozialisten folgen soll. Und gerade die neue Aktion Hitlers, sein Interview mit Auslandskorrespondenten, die Rede des Abgeordneten Ehrlich im Berliner Sportpalast mit der Bemerkung, man wolle ja nichts anderes, als was in Harzburg beschlossen wurde, die Regierung Brünning zu beseitigen, um selbst die Regierung zu übernehmen, machen die Sozialdemokraten unerschütterlich. Sie haben sich mit ihrer Kurage zwischen zwei Stühle gesetzt. Wenn sie jetzt wieder die Notverordnung aufheben, werden sie das schwerer als bisher ihren Anhängern gegenüber rechtfertigen können. Der Theaterbesucher vorher war jedenfalls unzufrieden.

Nun aber werden in dieser Woche auch die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, des Landvolkes tagen. Da die Nationalsozialisten eine klare Stellung haben, und da die Deutschnationalen sich eins sind, daß sie jede Notverordnung befürworten müssen, schließlich auf der äußersten Linken die Kommunisten rundweg alle Regierungsbefehle ablehnen, so werden die entscheidenden Mittelparteien sich klar sein müssen, ob sie die Verantwortung übernehmen können, den Burgfrieden durch die Forderung nach dem Reichstag zu unterbrechen. Und es kann leicht sein, daß bei ihnen nur sachliche Gründe gelten dürften, daß sie mit ihrer Zustimmung für den Reichstagsbeginn, die Sozialdemokraten desavouieren und aus einer möglichen Lage erretten.

Ministerkrise in China

Montag, 7. Dezember.

Der vor kurzer Zeit ernannte Außenminister Wellington Koo und der Vertreter Chinas im Völkerbundrat Dr. Alfred Soe sind zurückgetreten.

Die politischen Kreise der Hauptstadt wurden durch die Nachricht des Rücktritts des Außenministers Dr. Koo und des Vertreters Chinas bei den Verhandlungen des Völkerbundrats in Paris, Dr. Soe, sehr überrascht. Präsident Tschang-kaisch hat Dr. Soe telegraphisch gebeten, von seinem Entschluß zurückzukommen und hinzugefügt, die chinesische Regierung würde ihn in seinen Bemühungen zugunsten Chinas energisch unterstützen. Der Präsident hat ebenfalls den Außenminister gebeten, auf seinem Posten zu bleiben, doch glaubt man allgemein, daß Dr. Koo heute ins Amt nicht kommen werde. Wie verlautet, wird Dr. Soe die chinesische Gesandtschaft in London weiter leiten.

Entschlossene Opposition der Volkspartei.

Zentralvorstandstagung in Hannover.

Hannover. Die gestrige Sitzung des Zentralvorstands der Deutschen Volkspartei wurde durch den Parteivorsitzenden Dingeldey eröffnet, der in seiner Rede u. a. ausführte, wenn seit jeher das Ringen der Weichen die Reihen der Deutschen Volkspartei am stärksten erkaft habe, die sich die Einigung des Bürgerturns zum Ziele gesetzt habe, so sei heute diese Aufgabe größer als früher. Nach den Wahlen von 1930 hätte man die Sieger der Wahlkämpfe zur Verantwortung zwingen sollen. Leider sei man dem Risiko ausgewichen und habe damit neue Gefahren geschaffen. Damals habe die nationale Opposition durch ihren Auszug aus dem Parlament einen Fehler begangen. Heute gelte es, große Massen aus der Opposition in die Verantwortung zu führen. Der Entschluß der Deutschen Volkspartei, in die Opposition zu gehen, sei nicht in der Gebundenheit oder Abhängigkeit zu irgendwelchen Interessengruppen entstanden. Diese Auffassung gelte sowohl für die innen- als auch außenpolitischen Fragen.

Gerade in außenpolitischer Beziehung müsse Klarheit geschaffen werden, denn nur dann hätten Verhandlungen Wert, wenn sie von denen mitverantwortlich würden, die die Massen der Opposition gegen den Staat führten.

Der Redner ging dann kurz auf seine Unterhandlungen mit dem Reichskanzler ein und wies den Vorwurf egoistischer oder persönlicher Motive zurück. Wenn man sich frage, welchen Kurs die Partei nun einschlagen wolle, so sei darauf

zu erwidern, daß die Deutsche Volkspartei ihren eigenen Weg gehe. Die Auseinandersetzungen Eugenbergs mit den Nationalsozialisten seien deutlich genug, wofür es führe, wenn man sich an eine andere Bewegung anhängen wolle.

Die neue taktische Front der Deutschen Volkspartei schloß Dingeldey, erfordere eine einheitliche und selbständige Haltung der Partei, die aber nicht die Form der Opposition von links und rechts annehmen werde. Sie bedeute aber eine klare Frontstellung gegen die Regierung.

Zum Schluß der Sitzung wurde mit 300 gegen 14 Stimmen eine Entschliessung angenommen, in der die Ausführungen des Parteiführers über die politische Lage und den Kurs der Partei gebilligt wurden. Dem Parteiführer wird volles Vertrauen ausgesprochen. Der Zentralvorstand, so heißt es in der Entschliessung weiter, ist der Auffassung, daß die Rettung Deutschlands aus seiner heutigen bedrückten Lage nur in der Abkehr von der Sozialdemokratie erfolgen könne. Er halte die Bildung einer auf die breiten nationalen Kräfte des deutschen Volkes gestützten Reichsregierung für dringendes Erfordernis. Aus dieser Erkenntnis stehe die Deutsche Volkspartei unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit nach allen Seiten in entschlossener Opposition zur gegenwärtigen Reichsregierung und der Regierung in Preußen.

Angenommen wurde auch noch ein Antrag, der den Zentralvorstand auffordert, sich mit allen Kräften für die Priorität der Regelung der privaten Schulden vor den Reparationen einzusetzen. Dabei müsse die bestehende Währung mit aller Entschiedenheit geschützt werden.

Die neue Notverordnung erscheint erst Mittwoch.

Berlin. Die Beratungen des Reichskabinetts über die neue Notverordnung haben sich in letzter Stunde wieder etwas verzögert. Neue Besprechungen sind notwendig geworden, und für heute Montag, ist eine Zusammenkunft des Kabinetts zur letzten Beschlussfassung vorgezogen. Am Dienstag wird der Reichskanzler dann dem Reichspräsidenten von Hindenburg Vortrag halten und außerdem eine Informativrede der Öffentlichkeit über die Grundzüge dieser Notverordnung vornehmen. Am Mittwoch soll die offizielle Verkündung der Notverordnung erfolgen. Man legte ursprünglich auch großes Gewicht darauf, daß die Notverordnung beim Beginn der Baseler Verhandlungen des Sonderausschusses bereits in Kraft gesetzt sein sollte. Dieses Ziel ist nun nicht erreicht worden, jedoch ist anzunehmen, daß die ersten Tage der Baseler Besprechungen im wesentlichen formalen Fragen vorbehalten bleiben und daß man an den Kern der Materie auch nicht vor Mittwoch heranzukommen wird. Am Inhalt der Notverordnung, soweit er in den letzten Tagen bereits in seinen wesentlichen Punkten skizziert werden konnte, dürfte sich in den letzten Beratungen des Kabinetts nichts Entscheidendes mehr geändert haben.

Berlin. (Zuspruch.) Wie wir erfahren, hat heute vormittag die letzte redaktionelle Überarbeitung der Notverordnung begonnen. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß sie im Laufe des Tages abgeschlossen werden kann, so daß der Reichspräsident am späteren Abend seine Unterschrift geben und die Notverordnung dann über Nacht in Druck gehen würde. Die Veröffentlichung dürfte erst in den Mittwochfrühblättern erfolgen, da der Reichskanzler das Bedürfnis hat, nach der Uebergabe der Verordnung an die Presse selbst das Wort im Rundfunk zu nehmen. Er will offenbar die ungewöhnliche Bedeutung, die dieser Notverordnung zukommt, klarstellen, außerdem liegt es nahe, daß der Kanzler sich unter Umständen auch zu der Verschärfung der politischen Situation äußert, die in den letzten Tagen ganz zweifellos eingetreten ist. Wenn

übrigens in einem Berliner Frühblatt aus dieser Verschärfung Krisengerüchte abgeleitet werden, so läßt sich nur feststellen, daß gut unterrichtete Kreise ganz anderer Auffassung sind. Schon die Tatsache, daß die Notverordnung mit aller Energie und ohne Zeitverlust in die Praxis umgesetzt werden soll, läßt darauf schließen, daß man in Kreisen der Reichsregierung von ganz anderen als Krisenstimmungen befeuert ist.

Natürlich läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, wie der Kabinettsrat nach der Veröffentlichung der Notverordnung erst über die Frage der Reichstagsberufung entscheiden wird. Das wird wesentlich davon abhängen, zu welchem Ergebnis die soz.-dem. Reichstagsfraktion gelangt, die in der zweiten Hälfte dieser Woche zusammenzutreten dürfte. Vorläufig rechnet man in politischen Kreisen jedenfalls damit, daß es den ersten Vorstellungen des Kanzlers gelingen wird, sich die Kritik zu erwirken, die er braucht, um den mit den wirtschaftlichen Maßnahmen der Notverordnung unternommenen energischen Eindruck in das Preisniveau durchzuführen. Gelingt das, so wird die Reichsregierung im Februar natürlich eine ganz andere Situation vorfinden. Dieser Punkt dürfte das Kernproblem der politischen Besprechungen sein, die der Kanzler im Laufe dieser Woche zu führen hat. Er wird darauf hinarbeiten können, daß die Bemühungen um die Beseitigung der Wirtschaftskrise mit dieser Notverordnung ihren Höhepunkt erreichen, daß ferner die Anstrengungen wegen der Sicherung des Staats sich nicht nur auf die nächsten Monate erstrecken, sondern daß die Notverordnung die Basis der Stabilität des Jahres 1932 überhaupt bildet und er wird schließlich auch den Zusammenhang mit den großen außenpolitischen Verhandlungen betonen können, die jetzt beginnen. All diese Gründe sprechen doch sehr dafür, erst die nächsten Wochen abzuwarten. Auch die Bewirkung der Burgfriedens-Idee über die Weihnachtszeit hinweg wird sicher einen beruhigenden Eindruck ausüben.

Wahl in Württemberg.

Neuwahl von Gemeinderäten. — Wieder große nationalsozialistische Erfolge.

Stuttgart. Das Ergebnis der Gemeindevahl in Stuttgart (in Klammer das Ergebnis der letzten Reichstagswahl) ist folgendes:

Komm. Opposition	4087	(—)
Christl. Volksdienst	9075	(12851)
Sozialdemokraten	48510	(60198)
Zentrum	18186	(19615)
Deutschn. Volksp.	19525	(18394)
Franenliste	4760	(—)
Bürgerliche Einheitsliste		
(Demokr., DVP, Volksrecht, Nationale Volksgemeinschaft)	23104	(31897)
Nationalsozialisten	44599	(23517)
Kommunisten	37808	(34414)

Von den neugewählten 80 Gemeinderatsmitgliedern entfallen auf die kommunistische Opposition 0, auf den Christ-

lichen Volksdienst 1, Sozialdemokraten 7, Zentrum 3, Deutschnationale 3, Franenliste 0, Einheitsliste 3, Nationalsozialisten 7, Kommunisten 8 Mandate.

Das charakteristische Merkmal der Gemeindevahl ist das Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen, die sich seit der letzten Reichstagswahl, also innerhalb Jahresfrist, verdoppelten, während die Parteien der Einheitsliste, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Volksrechtspartei und Nationale Volksgemeinschaft, um mehr als die Hälfte zusammengeschmolzen sind. Die Deutschnationalen haben trotz der geringen Wahlbeteiligung 1500 Stimmen gewonnen. Die Sozialdemokratie hat sich als die stärkste Partei behauptet, aber ihre Stimmen sind um nahezu 9000 zurückgegangen, während die Kommunisten einschließlich der kommunistischen Opposition ihre Stimmengahl um 5700 zu erhöhen vermochten. Die Wahlbeteiligung betrug 78,4 v. D. gegenüber 84,5 v. D. bei der Reichstagswahl.